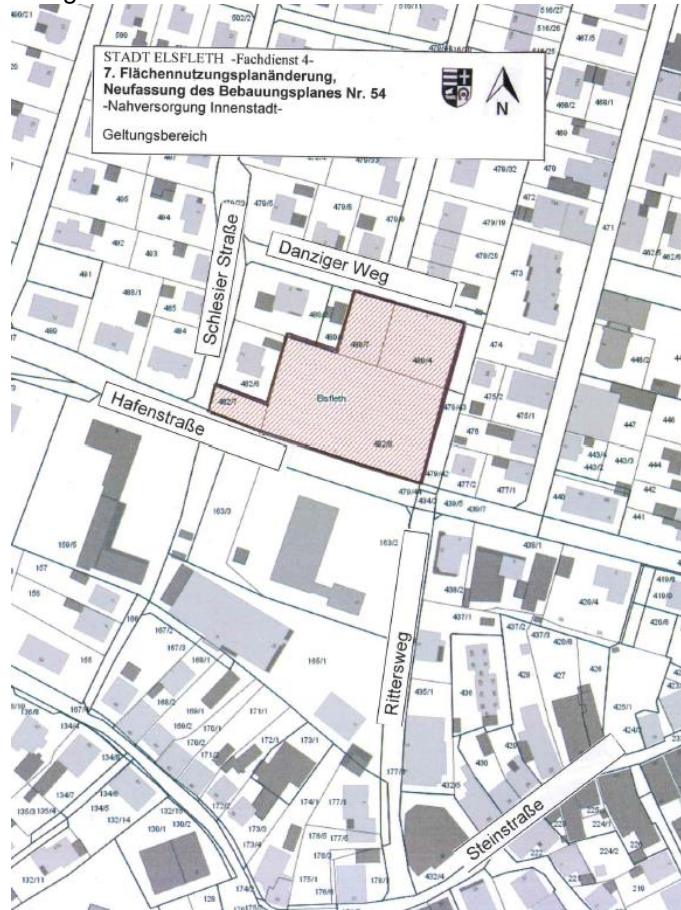


Bauleitplanung der Stadt Elsfleth, 7. Änderung des Flächennutzungsplanes und Neufassung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Nahversorgung Innenstadt“

Die vom Rat der Stadt Elsfleth am 18.05.2017 beschlossene 7. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sondergebiet Nahversorgung Innenstadt“, im Kerngebiet wurde durch den Landkreis Wesermarsch mit Verfügung vom 02.06.2017, (Aktenzeichen: DII-61-ELF-F.7-2017) genehmigt. Gemäß § 6 Abs. 5 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird die 7. Flächennutzungsplanänderung mit dieser Bekanntmachung wirksam. Der Rat der Stadt Elsfleth hat in seiner Sitzung am 18.05.2017 die Neufassung des Bebauungsplan Nr. 54 – Nahversorgung Innenstadt– der Stadt Elsfleth als **Satzung** beschlossen. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 3 BauGB **in Kraft**. Der räumliche Geltungsbereich der 7. Änderung der Flächennutzungsplanes und der Neufassung des Bebauungsplanes Nr. 54 in Elsfleth-Kerngebiet ist im beigefügten Kartenausschnitt dargestellt.



Mit der Planung wird die bauleitplanerische Voraussetzung für die Errichtung und den Betrieb eines Vollsorbitimenters an der Hafenstraße geschaffen. Die rechtskräftigen Bauleitpläne liegen mit der Begründung nebst Gutachten, Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung im Rathaus, Rathausplatz 1, Zimmer 7, während der Sprechzeiten, zur Einsicht aus. Die wirksamen bzw. in Kraft getretenen Bauleitpläne werden mit der Bekanntmachung ergänzend auf der Internetseite der Stadt Elsfleth zugänglich gemacht: www.elsfleth.de/Politik und Verwaltung/Öffentliche Auslegungen. Die Bekanntmachung erfolgt zudem auch im Aushangkasten beim Rathaus.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 Nr. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes, sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich sind, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Inkrafttreten schriftlich gegenüber der Stadt Elsfleth geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung von Planungsschadenersatzansprüchen durch Antrag an den Entschädigungspflichtigen im Fall der in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile sowie auf das nach § 44 Abs. 4 BauGB mögliche Erlöschen der Ansprüche, wenn der Anspruch nicht innerhalb einer Frist von drei Jahren gestellt wird, wird hingewiesen.

Die Bürgermeisterin

In Vertretung
Sindermann